12. März 2018

**Rund 60 Prozent der niedersächsischen Krankenhäuser sollen nicht mehr an der Notfallversorgung teilnehmen**

NKG kritisiert Bundeszentralismus und stellt Positionspapier zur Sicherung einer Versorgung in hoher Qualität vor

Hannover. Um auch in Zukunft eine flächendeckende medizinische Versorgung von höchster Qualität anbieten zu können, müssen sich die Rahmenbedingungen der Krankenhäuser in Niedersachsen erheblich verbessern. „Der Bund nimmt immer mehr Einfluss auf die Krankenhausplanung der Länder“, sagte Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorsitzender der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG), während der Mitgliederversammlung. „Bei diesen Eingriffen werden jedoch nicht die Besonderheiten eines Flächenlandes wie Niedersachsen berücksichtigt.“

So sei eine Neuregelung der Notfallversorgung geplant. Die gesetzliche Krankenversicherung habe ein bundeszentrales Konzept entwickelt, das in Niedersachsen zu einem Ausschluss von rund 60 Prozent der Krankenhäuser aus der neu definierten Notfallversorgung führen würde“, so der Vorsitzende. Die Umsetzung würde dazu führen, dass in Niedersachsen ganze Regionen weiße Flecken in der Notfallversorgung aufweisen.

„Das Land Niedersachsen muss eine uneingeschränkte Krankenhausplanung vornehmen können, um so die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, ohne dass zentralistische Vorgaben ohne Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse in die Versorgung eingreifen“, appelliert auch Verbandsdirektor Helge Engelke: „Die Krankenhäuser in Niedersachsen werden weiter dafür kämpfen, dass auch in Zukunft in ganz Niedersachsen eine gute Versorgung mit Krankenhausleistungen gewährleistet ist.“ Es müsse jetzt damit begonnen werden, die zukünftigen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser, deren Mitarbeiter und der Patienten positiv zu verändern: „Die Krankenhäuser müssen endlich als hocheffiziente Leistungserbringer gesehen werden, die die medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen sicherstellen“, führt der Verbandsdirektor weiter aus.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Staatssekretär Heiger Scholz, den gesundheitspolitischen Sprechern der im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien und NKG-Verbandsdirektor Helge Engelke wurden die Forderungen der niedersächsischen Krankenhäuser für die kommenden Jahre vorgestellt. Unter dem Titel „Qualität – Verantwortung – Kompetenz - Leistungsfähige Krankenhäuser für die Menschen in Niedersachsen“ diskutierten die Teilnehmer über die einzelnen Forderungen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern bekommen die Krankenhäuser in Niedersachsen trotz gleicher Leistung in gleich hoher Qualität weniger Geld. „Im Jahr 2017 haben die Krankenhäuser zum Beispiel für die Behandlung einer schweren Herzschwäche 584 Euro weniger erhalten als beispielsweise Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz. Hochgerechnet auf alle Leistungen in 2017 ergeben sich 342 Millionen Euro, die den Krankenhäusern in Niedersachsen fehlen“, erklärte Helge Engelke.

Verstärkt wird die Unterfinanzierung durch eine ebenfalls unzureichende Investitionsfinanzierung durch das Land. „Leider war die Erhöhung der Fördermittel im Rahmen des so genannten Sondervermögens nur ein einmaliges Strohfeuer. Die im Wahlkampf versprochene dauerhafte Verbesserung für die Krankenhäuser durch Erhöhung der jährlichen Einzelförderungen auf mindestens 200 Millionen Euro lässt weiter auf sich warten“, so der Verbandsdirektor. Die Krankenhäuser fordern daher weiterhin eine deutliche Anhebung der Einzel- und Pauschalförderung sowie eine Erhöhung des Landesbasisfallwertes.

Nicht nur das Gehalt spielt bei den Arbeitsbedingungen eine maßgebliche Rolle. „Die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, damit die Krankenhäuser beispielsweise durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder ein betriebliches Gesundheitsmanagement die Attraktivität als Arbeitsgeber verbessern können“, betont Dr. Aldag: Dies werde jedoch durch den rigiden Sparkurs der Krankenkassen verhindert.

„Die Mitarbeitenden im Krankenhaus haben sich für ihre Berufe entschieden, um im direkten Patientenkontakt Hilfe und Zuwendung zu geben. Daraus schöpfen sie ihre Energie. Leider muss jedoch immer mehr Zeit am Schreibtisch verbracht werden, die dann am Patientenbett fehlt“, berichtet der Vorsitzende.

Die NKG fordert ein kritisches Hinterfragen der bestehenden Dokumentation und deren deutliche Reduzierung. „Die gewonnene Zeit kommt direkt den Patienten zugute. Die Mitarbeiter haben durch die Reduzierung mehr Zeit für Zuwendung. Es wäre ein Gewinn für alle Beteiligten“, so Engelke.

Auch der Fachkräftemangel war bei der Mitgliederversammlung ein Thema. „Dieser kann langfristig nur behoben werden, wenn die Zahl der Auszubildenden erhöht wird. Damit die Krankenhäuser wieder mehr Nachwuchs gewinnen können, sind eine angemessene Finanzierung der Ausbildung und ausreichende Investitionen in die Ausbildungsstätten notwendig“, fordert Dr. Aldag. Nicht zuletzt bedürfe es eines Schulterschlusses aller Akteure für ein Bekenntnis zur Wertschätzung der Krankenhausberufe und eines entsprechenden Images des Arbeitsplatzes Krankenhaus.

„Die Rahmenbedingungen der Krankenhausversorgung in Niedersachsen in den kommenden Jahren müssen jetzt verbessert werden. Nur so lässt sich auch in Zukunft eine Versorgung auf einem hohen Niveau sicherstellen“, fasst Engelke zusammen.

Diese Pressemitteilung und das Positionspapier kann auf der Internetseite der NKG unter www.nkgev.de in Dateiform heruntergeladen werden.

**Weitere Informationen:** - Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorsitzender der NKG (0511 / 307 63 0)

- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511 / 307 63 0)

- Marten Bielefeld, stv. Geschäftsführer der NKG (0511 / 307 63 49)

Thielenplatz 3 - 30159 Hannover – [www.nkgev.info](http://www.nkgev.info)

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) ist der Zusammenschluss aller Krankenhäuser in Niedersachsen mit rund 41.000 Betten. 1,8 Mio. Patienten werden pro Jahr in den niedersächsischen Krankenhäusern umfassend stationär behandelt. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Niedersachsens. Rund 100.000 Mitarbeiter der verschiedenen Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der NKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern.